

VERFASSUNGSSCHUTZRELEVANTE DELEGITIMIERUNG DES STAATES



Corona und die Folgen

Die Corona-Pandemie und die mit ihr verbundenen vielfältigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben die Gesellschaft von 2020 bis ins Jahr 2022 auf eine harte Probe gestellt. Kontaktbeschränkungen, die vorübergehende Schließung von Betrieben, Läden und Gaststätten sowie nicht zuletzt die angespannte Lage im Gesundheitswesen stellten die Bevölkerung vor große Herausforderungen.

Begleitet wurde all dies von einem politischen und medialen Diskurs über den "richtigen" Weg aus der Pandemie. Gleichzeitig regte sich deutschlandweit Protest gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger machten von ihrem Grundrecht Gebrauch, ihre Meinung frei zu äußern und friedlich zu demonstrieren.



Quelle: Pixabay

Ein Teil der Protestszene hat sich jedoch zunehmend radikalisiert und im Zuge dessen verfassungsfeindliche, das heißt extremistische Bestrebungen entwickelt, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) richten und die Sicherheit des Staates und seiner Institutionen bedrohen.

Ein Beispiel hierfür ist der Versuch Demonstrierender, während einer Protestkundgebung am 29. August 2020 in Berlin in das Reichstagsgebäude, den Sitz des Deutschen Bundestages, einzudringen.

Eine neue Form von Extremismus

Im April 2021 richtete das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) den neuen Phänomenbereich "Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" ein, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen¹⁾.

Zwar konnte diese neue Form von Extremismus keinem bestehenden Phänomenbereich, wie beispielsweise dem Rechtsextremismus oder dem "Reichsbürger"-Spektrum, zugeordnet werden. Allerdings gibt es Bezüge zu beiden Milieus. Und im Laufe des Protestgeschehens nahm die Distanz zwischen "Delegitimierern" und Rechtsextremisten zunehmend ab. Der demokratische Staat erzeugte als gemeinsames Feindbild eine wechselseitige Anschlussfähigkeit.



Quelle: Telegram

Ebenso wie die Corona-Protestszene insgesamt ist auch der extremistische Teil der "Delegitimierer" heterogen zusammengesetzt. So können Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus und mit unterschiedlicher weltanschaulicher Ausrichtung, wie Anhänger von Verschwörungserzählungen, Impfgegner, Esoteriker und Querdenker, dem neuen Phänomenbereich zugerechnet werden, wenn sie den Staat mit seinen Institutionen und Repräsentanten fundamental ablehnen.

¹⁾ Mit der Einrichtung begann die bundesweite Beobachtung als "Sammelbeobachtungsobjekt" durch den Verfassungsschutz. Der Begriff bezeichnet Bewegungen lose strukturierter Personen und Gruppierungen, die eine einheitliche weltanschauliche Ausrichtung haben.

Ziele und Vorgehen der "Delegitimierer"

"Delegitimierer" beabsichtigen, das Vertrauen in das staatliche System²⁾ zu erschüttern und dessen Funktionsfähigkeit zu beeinträchtigen. Ihr Fernziel ist der Systemsturz. Das versuchen sie zu erreichen, indem sie unter anderem

- demokratisch gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates beleidigen und bedrohen,
- Staatlichen Institutionen und ihren Vertreterinnen und Vertretern die Legitimität absprechen,
- zum Missachten gerichtlicher Anordnungen und Entscheidungen aufrufen,
- staatliche oder öffentliche Institutionen (zum Beispiel der Gesundheitsfürsorge) durch Sachbeschädigungen sabotieren oder
- zu Widerstandshandlungen gegen die staatliche Ordnung aufrufen.

Diese Verhaltensweisen stehen im Widerspruch zu zentralen Verfassungsgrundsätzen wie dem Demokratie- oder dem Rechtsstaatsprinzip.

"Dieses System hat fertig, dieses System ist am Arsch. Dieses System braucht kein Mensch mehr. [...] Wir sind schon längst die größte und stärkste [...] Community mit 20 oder 30 %. Und ihr wisst, wie viel Prozent braucht man, um Systeme zu stürzen: die kritische Masse liegt bei 3 Prozent. Also. Auf was warten wir dann?"

(aus der Rede eines "Delegitimierers" im Juni 2022 in Landau)

²⁾ Der Staat soll hier definiert werden als politische Einrichtung (Institutionen und Personen), die mit der Ausübung allgemein verbindlicher Steuerungs-, Regulierungs- und Koordinierungsfunktionen betraut ist. Dabei bedient er sich (als moderner Verfassungsstaat) demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse und ist zur Durchsetzung dieser Entscheidungen mit Sanktionsmitteln ausgestattet.

Weltanschaulich-ideologische Ausrichtung

Eine einheitliche Weltanschauung beziehungsweise Ideologie hat die "Delegitimierer"-Szene nur in Ansätzen. Verbindendes Element ist die fundamentale Ablehnung der bestehenden staatlichen Ordnung und ihrer Institutionen.

Feindbilder der Szene sind Politik, Medien, Wissenschaft, Justiz sowie die Polizei, die beispielsweise als Vollzugsorgan einer vermeintlichen "Corona-Diktatur" diffamiert worden ist. Zum Teil wird die Bundesrepublik Deutschland mit der NS-Diktatur oder dem DDR-Unrechtsregime gleichgesetzt. Breiten Raum nehmen Verschwörungstheorien ein, die oft von antisemitischen Vorurteilen geprägt sind.



Quelle: Telegram

Im Zentrum vieler Verschwörungstheorien steht die Behauptung, **geheime Eliten würden gegen das Volk vorgehen**. So wird davon ausgegangen, die Initiative "Great Reset" des Weltwirtschaftsforums (WEF) aus dem Jahr 2020 sei ein groß angelegtes Projekt globaler Eliten, um traditionelle gesellschaftliche Strukturen zu zerstören und eine diktatorische "Weltregierung" zu errichten.³⁾

³⁾ Dies korrespondiert mit zentralen ideologischen Elementen der "Neuen Rechten". So ist man in Bezug auf Covid-19 überzeugt, dass es sich um eine "Plandemie" zur Einführung einer "Neuen Weltordnung" handle.

Methodik und Gewaltaffinität

Die Methodik von "Delegitimierern" ist geprägt durch **Techniken der Propaganda und Meinungsmanipulation**, wie Desinformation, Lüge, Täuschung und eine betont emotionale Sprache. Charakteristisch ist zudem eine **starke Präsenz in den sozialen Medien** und in Messenger-Diensten, insbesondere Telegram, da diese es ermöglichen, innerhalb kurzer Zeit viele Unterstützerinnen und Unterstützer zu mobilisieren.



Quelle: Telegram

Ein Teil des Spektrums besitzt eine **erhöhte Gewaltaffinität**. Diese zeigt sich in tätlichen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnerinnen und Gegnern und der Polizei oder in gewaltbefürwortenden Äußerungen. Dies war zum Beispiel nach dem Mord an einem jungen Tankstellen-Mitarbeiter durch einen Masken-Verweigerer im September 2021 in Idar-Oberstein zu beobachten.

Auch Politikerinnen und Politiker sind seit Beginn der Pandemie zunehmend Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen ausgesetzt. So haben Personen aus dem Phänomenbereich der "Delegitimierer" mehrfach versucht, Politikerinnen und Politikern "Hausbesuche" abzustatten, indem sie diese in ihrem privaten Umfeld konfrontativ aufsuchten. Dabei wurden teils Drohkulissen aufgebaut, etwa durch das Verwenden von Fackeln und Trommeln und das Skandieren aggressiver Parolen. Im Internet wird Zustimmung zu Gewalt- oder gar Tötungsszenarien geäußert.

Situation in Rheinland-Pfalz und Entwicklung

In Rheinland-Pfalz wird dem neuen Phänomenbereich der "Delegitimierer" eine mittlere zweistellige Personenzahl zugerechnet.⁴⁾ Vereinzelt haben sich Kleinstgruppen gebildet, die vor allem in sozialen Medien zum "Widerstandskampf" aufrufen. Das aus den Corona-Protesten heraus entstandene Spektrum war auch in Rheinland-Pfalz von Anfang an heterogen.

Personen und Gruppierungen, die den Staat in verfassungsschutzrelevanter Weise delegitimieren, haben sich von Beginn an in ihrer demokratiefeindlichen Agitation nicht auf den Themenkomplex "Corona" und die damit einhergehenden staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie beschränkt.

Am Beispiel der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli 2021 zeigte sich, dass diese Szene schnell neue beziehungsweise andere Themen aufgreift und in ihre Propaganda einbaut, um sie für ihre verfassungsfeindlichen Zwecke zu instrumentalisieren.

"Corona macht Kriegspause und schlägt im Herbst erst so richtig zu mit Konzentrationslager, Ausgangssperre und Kriegsrecht. Sie werden nach Ungeimpften suchen wie in den 30ern nach Juden."

(aus einem Facebook-Szeneprofil, Februar 2022)

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind für die Szene zu neuen "Agitationsfeldern" geworden, durch die sie nahtlos an die Widerstandserzählungen während der Pandemie anknüpfen konnte. Dies wird dadurch verstärkt, dass die gegenwärtigen Krisen viele Bürgerinnen und Bürger finanziell belasten und verunsichern.

⁴⁾ Stand: November 2022.

Hilfen, Beratung und Information

Hier finden Sie eine kleine Auswahl themenbezogener Beratungs-, Hilfs- und Informationsangebote:

 Landeskoordinierungsstelle "Demokratie leben!", Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Telefon: 06131/967-185

E-Mail: lks-demokratie-leben@lsjv.rlp.de

 Angehörigenberatung bei demokratiefeindlichen Einstellungen, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz Telefon: 06131/967-373

E-Mail: angehoerigenberatung@lsjv.rlp.de

 Beratungskompass Rheinland-Pfalz Internet: beratungskompass-rlp.de

 Bundeszentrale für politische Bildung, Informationsangebot über Verschwörungstheorien
Internet: www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossierrechtsextremismus/210325/verschwoerungstheorien

Kontakt:

Ministerium des Innern und für Sport Abteilung 6 – Verfassungsschutz Schillerplatz 3-5 55116 Mainz

Tel.: 06131/16-3773

E-Mail: Info.Verfassungsschutz@mdi.rlp.de

Bilder Titelseite:

Illustration Titelseite (rechts): Pixabay Foto (unten links): Ivan Radic/Wikimedia Illustration (oben links): Telegram

Herausgegeben vom Ministerium des Innern und für Sport, 1. Auflage, Dezember 2022